

Wien, am Donnerstag, den 9. Dezember 1926

Der städtische Voranschlag für 1927. Der Gemeinderatsausschuss für Finanzen genehmigte in seiner letzten Sitzung auch den Voranschlag der Verwaltungsgruppe für die städtischen Unternehmungen. Amtsführender Stadtrat Vizebürgermeister Emmerling berichtete, dass die Gesamteinnahmen aller städtischen Unternehmungen mit 298'7 Millionen Schilling veranschlagt sind, während die Ausgaben mehr als 300 Millionen Schilling betragen. Von den Ausgaben entfallen auf Löhne und Gehalte 128'8 Millionen Schilling, auf Betriebsmittel rund 111 Millionen Schilling und auf die Erhaltung von Gebäuden, Maschinen u. s. w. 45'5 Millionen Schilling. Die städtischen Gaswerke rechnen mit einem Ueberschuss von 23.000 Schilling, die Elektrizitätswerke mit 116.000 Schilling Ueberschuss, das Brauhaus mit einem Ueberschuss von 172.000 Schilling, die Leichenbedattung mit 19.540 Schilling und die Gewerbe mit einem Ueberschuss von 80.000 Schilling. Nur die Strassenbahnen präliminieren einen Abgang von 1,606.200 Schilling. Mit Rücksicht auf die enormen Kosten kann der Bau neuer Linien im kommenden Jahre nicht in Aussicht genommen werden. Es werden aber einzelne Strecken zweigleisig ausgebaut, Ausweichen und Zufahrtsgeleise umgebaut, die Wagenhallen in Breitensee und Florsiedsdorf werden vergrössert, neue Strassenbahnwagen und Autobusse angeschafft und 3'8 Millionen Schilling für Erneuerungen der Gleise ausgegeben. Die Investitionen bei der Stadtbahn erfordern 6,615.500 Schilling und erstrecken sich auf die Anschaffung von dreissig Triebwagen, vierzig Anhängewagen, Ausbau der Gleisanlagen und Hochbauten. Im Jahre 1927 werden die städtischen Unternehmungen insgesamt für rund 58 Millionen Schilling Investitionen durchführen, die teils aus Bankkrediten, teils aus den laufenden Einnahmen bestritten werden. Die Strassenbahnen rechnen im kommenden Jahr mit rund 610 Millionen Fahrgästen. Besonders umfangreich sind die Investitionen im städtischen Elektrizitätswerk; sie erfordern nahezu 26 Millionen Schilling. In beiden Werken wird die Apparatur nach den modernsten Systemen ausgestellt. Für den Ausbau des Kabelnetzes sind rund sieben Millionen Schilling und für neue Zähler zwei Millionen Schilling eingesetzt worden. Durch den Wasserkraftstrom, durch den Ausbau des Kabelnetzes und den Uebergang zu kleineren Stromkreisen mit Hilfe der Unterstationen wird es mehr und mehr gelingen, die unvermeidlichen Störungen auf ein Mindestmass herabzudrücken.

An diese Ausführungen knüpfte sich eine eingehende Aussprache. Gemeinderat Angermayer (Chr. soz.) wendet sich entschieden gegen die Bestreitung der Kosten der Investitionen aus den laufenden Einnahmen, weil dadurch die Einstellung der Tarife ungünstig beeinflusst werde. Die Gaswerke und die Elektrizitätswerke haben schon im Jahre 1926 mehr als zwölf Millionen Schilling investiert, was alles aus den laufenden Einnahmen bedeckt werden musste. Die grossen Investitionen, die infolge der Fortschritte der Technik sich gewiss als notwendig erweisen, müssten endlich durch eine Anleihe bestritten werden. Redner

bespricht auch die fortwährenden Stromstörungen, die früher in einer solchen Häufung nicht verzeichnet wurden. Sie machen sich insbesondere in den Tunnels der Stadtbahn unangenehm fühlbar, weil dort die Leute im Dunkel sitzen müssen. Oft versagt auch die Beleuchtung in den Tunnels der Stadtbahn und es müsse wohl endlich eine Art Notbeleuchtung geschaffen werden. Stadtrat Kunschak ersucht um Aufklärung, wer jetzt die Kosten der öffentlichen Beleuchtung zahle. Früher mussten die Gaswerke diese Kosten tragen, jetzt werden aber viele Strassen elektrisch beleuchtet. Stadtrat Breitner teilt mit, dass die Gaswerke jetzt den Elektrizitätswerken die Kosten für jede in Wegfall kommende Gasflamme vergüten. Durch den Nachtstrom ergebe sich eine bedeutende Verbilligung. Stadtrat Kunschak verlangt, dass diese Neuerung im Finanzausschuss oder im Stadtsenat beschlossen werden soll. Gemeinderat Uebelhör bringt eine Reihe von Stadtbahnbeschwerden vor und erklärt kein Gegner der Reklame in den Strassenbahnwagen zu sein, aber man gehe doch zu weit und nehme die Fahrgästen jeden Ausblick, weil alles mit "Pickerln" vollgeklebt ist. Gemeinderat Zimmerl beantragt, dass man diese Verwaltungsgruppe zurückstellen soll, bis die Goldbilanzen aller städtischen Unternehmungen vorliegen. Vizebürgermeister Emmerling entgegnet, dass an dieser Verzögerung nicht die Gemeinde schuldtragend sei. Die Schwierigkeiten liegen im Gesetz begründet. Der Gemeinde war es wohl möglich die Goldbilanzen der kleineren Unternehmungen fertigzustellen und dem Gemeinderat vorzulegen, bei den drei grossen Unternehmungen müssen noch Verhandlungen mit dem Bund erledigt werden. Der Antrag des Gemeinderates Zimmerl wird abgelehnt.

Vizebürgermeister Emmerling teilt mit, dass in den Stadtbahntunnel eine Beleuchtung eingerichtet werden wird, die selbst bei einer allgemeinen Stromstörung funktionieren wird. Die grosse Frequenz der Strassenbahn sei auch eine Folge des ausserordentlich billigen Tarifes. Im Frieden kostete ein kombinierte Karte Strassenbahn und Stadtbahn 52 Groschen, heute sind für die gleiche Karte mit unbegrenzten Umsteigemöglichkeiten nur 24 Groschen zu zahlen. Nur die grosse technische Ausgestaltung aller Werke ermögliche es, auch die weit unter dem Goldwert der Friedensparität befindlichen Tarife für Gas und Strom aufrechtzuerhalten. Auch die Löhne sind verarisirt. Bezüglich der Stromstörungen werde alles getan werden, um sie zu verhüten, man dürfe aber nicht vergessen, dass viele Kabel bereits vierzig Jahre in der Erde liegen, sie alle gleichzeitig zu erneuern sei unmöglich.

Der Voranschlag wird gegen die Stimmen der Christlichsozialen angenommen. Stadtrat Breitner legt dann Bilanz und Bedeckung vor, wobei Gemeinderat Zimmerl den präliminierten Abgang bezweifelt. Auch dieses Kapital wird mit den Stimmen der Sozialdemokraten genehmigt. Heute beginnt der Stadtsenat die Beratung des Voranschlages.